Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Merz und Putin: Überraschende Signale einer (möglichen) Entspannung
2. Der fiktive Krieg
3. USA zahlen Teil der Erlöse aus festgesetztem Rohöl an Venezuela
4. Brüssel kommt Washington immer weiter entgegen
5. Gewaltvolle Tage, ungewisse Zukunft
6. Ein neuer Krieg in Syrien würde den Nahen Osten ins Chaos stürzen
7. Trumps rissiger Thron
8. BGH: Ukraine gab Nord-Stream-Anschlag in Auftrag
9. Kündigungen von Bankkonten zivilgesellschaftlicher Gruppen aus dem politisch linken Spektrum – Offener Brief an GLS Bank gegen Kontokündigungen linker Organisationen
10. Staatsorgane unter Artenschutz
11. Exklusiv: „Angriff auf die Mittelschicht“ – Sahra Wagenknecht warnt vor Bürgergeldreform
12. „Demokratische” Rechte und rechte „Patrioten”
13. Kein Geld für geplanten Ausbau von fünf Strecken
14. Künstliche Intelligenz wird zum Risiko für Firmen
15. Lebensmittelmacht Deutschland
16. Veranstaltungshinweise der Woche

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Merz und Putin: Überraschende Signale einer (möglichen) Entspannung**
   Während der Krieg um die Ukraine immer weiter eskaliert, äußern sich Kanzler Merz und Präsident Putin zu den Zukunftsaussichten – und senden überraschende Signale der Entspannung.
   Das erste Signal kam von Merz. Er hoffe, dass es langfristig wieder zu einem Ausgleich mit Russland kommen könne. "Russland ist ein europäisches Land", sagte der CDU-Vorsitzende bei der IHK Halle-Dessau.
   "Wenn es uns dann gelingt, in der längeren Perspektive mit Russland wieder einen Ausgleich zu finden, wenn Frieden herrscht, wenn Freiheit gewährleistet ist, wenn uns das alles gelingt, … dann hat diese Europäische Union, dann haben wir auch in der Bundesrepublik Deutschland noch eine weitere Bewährungsprobe bestanden", fügte er hinzu.
   Ich habe diese Nachricht bei "Reuters" gefunden, kaum eine deutsche Zeitung hat sie aufgegriffen. Sie passt wohl nichts ins Narrativ der ewigen Feindschaft – vielleicht hat sich Merz auch einfach nur verplappert?
   Quelle: Lost in Europe

   dazu: **Dem Ende so nah**
   Vor dem Hintergrund der aktuellen geopolitischen Entwicklungen ist die Berichterstattung über die Ukraine etwas in den Hintergrund geraten. Die USA haben Venezuelas Präsidenten Nicolás Maduro gekidnappt, sie drohen inzwischen auch Mexiko mit einer Militäroperation. Grönland will Trump militärisch einnehmen, im Iran gibt es einen offensichtlich von außen gesteuerten Putschversuch, kurz: die Welt gerät immer weiter aus den Fugen.
   In diesem Umfeld traf sich die sogenannte Koalition der Willigen mit den US-Unterhändlern Steve Witkoff und Jared Kushner in Paris. Das Ergebnis des Treffens ist überschaubar. Zwar wurden erneut NATO-ähnliche Sicherheitsgarantien für die Ukraine ins Spiel gebracht. Angesichts des Zustands des westlichen Bündnisses sind aber mehr denn je Zweifel an der faktischen Gültigkeit des Artikel 5 des NATO-Vertrags angebracht. Dass die willigen Koalitionäre, vor allem aber die USA, jemals einen Angriff auf die Ukraine als einen Angriff auf sich selbst werten und einen großen Krieg beginnen werden ist nur schwer vorstellbar. Sollte Trump seine Drohung wahr machen und Grönland überfallen, ist die NATO ohnehin Geschichte.
   Quelle: Gert Ewen Ungar auf unsere zeit

2. **Der fiktive Krieg**
   Die EU-Staaten simulieren eine russische Bedrohung nicht, weil sie Krieg führen wollen.

Seit Beginn der Eskalation in der Ukraine im Februar 2022 verschärfen die Regierenden der einzelnen EU-Staaten und der EU als Institution ihre Rhetorik gegenüber Russland. Sie investieren in Militär und erklären, man müsse binnen weniger Jahre kriegstüchtig sein. So sieht alles danach aus, dass sie einen großen Krieg gegen Russland vorbereiten. Diese Vorbereitungen sind aber wahrscheinlich nur eine Propaganda-Show, die eine finale Umverteilung rechtfertigen und den Zusammenbruch der EU maskieren soll.
Quelle: Manova

3. **USA zahlen Teil der Erlöse aus festgesetztem Rohöl an Venezuela**
Die venezolanische Zentralbank (BCV) könnte in den kommenden Tagen einen erheblichen Mittelzufluss aus dem Verkauf von venezolanischem Rohöl erhalten, das zuvor von den USA illegal beschlagnahmt worden ist. Nach übereinstimmenden Medienberichten geht es um rund 500 Millionen US-Dollar, die aus der ersten Verkaufsrunde stammen und nun ganz oder teilweise an die venezolanische Zentralbank überwiesen werden sollen.
Der Verkauf ist Teil eines umfassenderen Abkommens zwischen Washington und Caracas. Demnach haben US-Behörden damit begonnen, venezolanisches Rohöl, das durch einseitige Sanktionen und die Seeblockade der USA unter US-Kontrolle stand, auf dem internationalen Markt zu veräußern. Insgesamt sollen im Rahmen der Vereinbarung Ölverkäufe im Umfang von bis zu zwei Milliarden US-Dollar erfolgen. Die Erlöse wurden zunächst auf US-kontrollierten Bankkonten, unter anderem im Ausland, verwaltet.
Laut Berichten soll das Geld nun der BCV zur Verfügung gestellt werden, um Importe von Gütern des Agrar- und Ernährungssektors zu finanzieren. Unklar ist bislang, über welche technischen und rechtlichen Kanäle die Überweisung erfolgt und welche Auflagen mit der Verwendung der Mittel verbunden sind.
Der mögliche Geldfluss erfolgt, obwohl die BCV seit 2019 selbst unter US-Sanktionen steht. Beobachter gehen davon aus, dass der Transfer nur auf Basis spezieller Genehmigungen der US-Sanktionsbehörde OFAC erfolgen kann. In den vergangenen Jahren waren vergleichbare Einnahmen aus venezolanischen Auslandsvermögen häufig blockiert oder in Sonderfonds verwaltet worden.
Quelle: amerika21

4. **Brüssel kommt Washington immer weiter entgegen**
Während US-Präsident Trump offen mit der Annexion Grönlands droht, kommt Brüssel dem MAGA-Mann immer weiter entgegen. Dies zeigen zwei aktuelle Berichte.
So meldet “Euractiv”, daß die EU-Kommission der US-Administration weit reichenden Zugriff auf europäische Passagierdaten geben will.
Zwar seien Sicherheitsvorkehrungen für die Daten vorgesehen, aber es bleibe unklar,

inwieweit sensible Informationen innerhalb der USA weitergegeben werden.
Vor dem Hintergrund, daß die Amerikaner mittlerweile sogar Handydaten und Social Media-Accounts bei der Einreise prüfen, wäre ein Zugriff auf nationalen Datenbanken der EU-Länder ein krasser Eingriff.
Quelle: Lost in Europe

5. **Gewaltvolle Tage, ungewisse Zukunft**
   Nach den Massakern in Latakia und Suweida stellen die Angriffe in Aleppo die Perspektive auf ein plurales Syrien weiter in Frage. Arabische und kurdische medico-Partner:innen leisten Nothilfe.
   Aleppo ist noch nicht vorbei: Nachdem sich die Kämpfe in der Stadt seit Sonntag beruhigt haben und die kurdischen Stadtteile jetzt unter Kontrolle der HTS stehen, wurden nun Gebiete östlich von Aleppo, die unter Kontrolle der autonomen Selbstverwaltung Nordostsyriens stehen, von der syrischen Übergangsregierung zur Sperrzone erklärt. Damit verbunden ist die Aufforderung zum Rückzug der SDF aus den Gebieten, die westlich des Euphrats liegen – eine jahrelange Forderung der türkischen Regierung.
   Quelle: medico
6. **Ein neuer Krieg in Syrien würde den Nahen Osten ins Chaos stürzen**
   Das Kurzvideo aus den umkämpften Vierteln der syrischen Metropole Aleppo, das letzten Samstag viral ging, ist selbst für unsere von Dauerkrisen und hemmungslosen Kriegen abgestumpften Gewissen verstörend: Es zeigt, wie ein bärtiger Mann den leblosen Körper einer Frau in Uniform aus dem zweiten Stock eines schwer beschädigten Gebäudes auf die Strasse schleudert. Während ihr Körper auf dem Boden aufprallt, jubeln weitere bärtigen Männer, offenbar von Damaskus unterstützte Dschihadisten, mit Siegesrufen „Allahu Ekber" (Gott ist groß). Die blutigen Zusammenstösse in Aleppo sind für die Kurden eine Zäsur.
   Quelle: Globalbridge
7. **Trumps rissiger Thron**
   Jeder Mensch, der sich die Videos aus Minneapolis angeschaut hatte, wusste danach, dass die US-Regierung mit ihrem Gerede von der „Notwehr" lügt und dass die 37-jährige dreifache Mutter Renee Nicole Good mit drei Schüssen eines ICE-Beamten kaltblütig getötet wurde. Im Anschluss an diesen Mord des 7. Januar gab es im ganzen Land Proteste gegen die Schnüffel- und Knüppelgarden der Einwanderungsbehörde, die auf Befehl des US-Präsidenten Donald Trump zunehmend eine Progromstimmung gegen Immigranten verbreiten. Die Halbmillionenstadt im US-Bundesstaat Minnesota wurde durch Checkpoints des „Department of Homeland Security" in einen regelrechten Belagerungszustand versetzt.
   Die Tage nach dem Mord markierten den vorläufigen Höhepunkt des Aufbrechens der

innenpolitischen Probleme, von denen die Trump-Regierung durch immer rüdere außenpolitische Kraftmeierei abzulenken versucht.
Quelle: unsere zeit

8. **BGH: Ukraine gab Nord-Stream-Anschlag in Auftrag**
   Die Sprengung der Nord-Stream-Pipelines erfolgte laut BGH wohl im Auftrag eines Staates. Konkret im Verdacht steht die Ukraine.
   Der Bundesgerichtshof (BGH) hat die Untersuchungshaft gegen einen mutmaßlichen Beteiligten an den Explosionen der Nord-Stream-Pipelines bestätigt. In dem veröffentlichten Beschluss äußert sich das oberste deutsche Strafgericht erstmals zu möglichen Hintergründen der Tat und stuft die Sabotage als vermutlich staatlich gesteuert ein – nämlich durch die Ukraine.
   Demnach seien die Detonationen im Herbst 2022 "höchstwahrscheinlich in fremdstaatlichem Auftrag" erfolgt. Zwar nennt das Gericht in seinem Beschluss kein konkretes Land, doch aus dem Zusammenhang ergibt sich ein Bezug zur Ukraine.
   Quelle: t-online
9. **Kündigungen von Bankkonten zivilgesellschaftlicher Gruppen aus dem politisch linken Spektrum – Offener Brief an GLS Bank gegen Kontokündigungen linker Organisationen**
   Die GLS Bank und Sparkassen kündigten in den letzten Wochen und Monaten mehreren zivilgesellschaftlichen Organisationen die Bankkonten – darunter der Roten Hilfe e.V., der Deutschen Kommunistischen Partei und Anarchist Black Cross Dresden. Dieser „Debanking" genannten Praxis stellen sich nun 4708 Erstunterzeichnende in einem offenen Brief an den Vorstand der GLS Bank entgegen. Sie schreiben:
   „Wir als Mitglieder und Kund*innen der GLS Gemeinschaftsbank eG möchten unserer Bank den Rücken stärken, damit sie Haltung zeigen und für eine aktive Teilhabe ihrer Kund*innen an der Zivilgesellschaft eintreten kann. Wir sind der Ansicht, dass die GLS ein Risikomanagement benötigt, das die Waage hält zwischen dem Abwehren von Risiken für die Bank insgesamt und dem Eingehen von Risiken im Interesse der Demokratie. Daher fordern wir Sie auf, die Geschäftsbeziehungen mit den betroffenen Organisationen fortzuführen bzw. wieder aufzunehmen."
   Quelle: pressenza

   dazu: **Solidarität gegen Debanking**
   Ende letzten Jahres kam es in Deutschland zu einer Welle von Kontokündigungen, die sich gegen verschiedene linke Organisationen richtete, darunter die DKP und die Rote Hilfe. Besonders tat sich dabei die sich als nachhaltig und genossenschaftlich inszenierende GLS Bank hervor. Aber auch die Sparkasse Göttingen mischte trotz Versorgungspflicht mit. Hintergrund ist offenbar verschärfter Druck aus den USA: Mit

dem internationalen Zahlungsnetzwerk SWIFT verfügt Washington über einen langen Hebel, um etwa seine Sanktionspolitik gegen Kuba (im Fall der DKP) oder seine Einstufung der sogenannten „Antifa Ost“ (im Fall der Roten Hilfe) auf andere Staaten auszudehnen.
Quelle: unsere zeit

dazu auch: **Auch Scott Ritter wurden nun die Konten gekündigt – diese Praxis muss verboten werden**
Quelle: NachDenkSeiten

10. **Staatsorgane unter Artenschutz**
Bundesjustizministerin Stefanie Hubig (SPD) rief zu Neujahr die Neuauflage des „Pakts für den Rechtsstaat“ aus. Die Vokabel kennt man schon aus den Merkel-Jahren und Vorstößen der früheren SPD-Innenministerin Nancy Faeser, im Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung war auch von diesem Pakt zu hören. Jetzt allerdings dürfen wir auch im Bereich der Justiz und der Strafverfolgungsmaßnahmen mit einer bisher beispiellosen Forcierung des Verfolgungsdrucks rechnen. […]
Die Zeiten sind vorbei, in denen antidemokratische Gesetzesvorhaben noch mit wohlig-süßlicher Verschleierung verkauft werden mussten. Der „Pakt für den Rechtsstaat“ soll die Rolle und Zielsetzung des Staatsapparates im Kampf gegen den Feind im Inneren analog dem „Operationsplan Deutschland“, der sich mit dem äußeren Feind beschäftigt, vorzeichnen.
Konkret geht es um mehrere Einzelgesetzespakete zur Verschärfung des Strafrechts, der Beschleunigung von Gerichtsverfahren, den ungehinderten Datenaustausch im Bereich der Verfolgung über Ländergrenzen hinweg (euphorisch als Bürokratieabbau durch Digitalisierung betitelt) und einen rekordverdächtigen Aufwuchs des justiziellen Apparats um 2.000 Staatsanwälte und Richter.
Quelle: unsere zeit
11. **Exklusiv: „Angriff auf die Mittelschicht“ – Sahra Wagenknecht warnt vor Bürgergeldreform**
Die Regierung verschärft die Bürgergeld-Regeln. Die BSW-Politikerin Sahra Wagenknecht warnt vor „sozialem Sprengstoff“ und sieht die Mittelschicht als Hauptverlierer der Reform.
Union und SPD haben im Bundestag einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem das Bürgergeld durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden soll. Die Bundesregierung stellt das Vorhaben als notwendigen Schritt zur Vermeidung von Missbrauch und zur Förderung der Arbeitsaufnahme dar. Kritik kommt von Sahra Wagenknecht.
Die Gründerin des BSW warnt vor möglichen sozialen Folgen und sieht Risiken für den

gesellschaftlichen Zusammenhalt. Im Gespräch mit der Berliner Zeitung äußerte sie sich exklusiv zu dem geplanten Gesetz.
Quelle: Berliner Zeitung

dazu auch: **Was die neue Grundsicherung für Betroffene bedeuten würde**
Das Bürgergeld soll weg, darüber war sich die schwarz-rote Koalition schnell einig. Was folgen soll: Die neue Grundsicherung. Sozialverbände warnen.
Ein großes rotes Plakat ist vor dem Reichstag aufgestellt. Immer wieder machen kleine Gruppen Fotos davor: Linken-Chef Jan van Aken mit einer Gruppe Abgeordneter seiner Fraktion, Ex-Familienministerin Lisa Paus mit einigen ihrer Grünen-Kollegen, Vorsitzende von Sozialverbänden.
"Neue Grundsicherung – Altes Problem" steht auf der roten Fotowand. Mit der Aktion will ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozial- und Wohlfahrtsverbänden auf die anstehende Bürgergeldreform aufmerksam machen. Ihre Kritik: Damit lasse sich nur verhältnismäßig wenig Geld einsparen – die Folgen für Betroffene seien allerdings massiv.
Quelle: web.de

und: **Immer mehr Rentner auf Grundsicherung angewiesen**
43 Prozent der Empfänger von Grundsicherung in Sachsen-Anhalt sind Senioren. Das BSW spricht von einem „Skandal". Was steckt hinter dem Anstieg – und was fordert das BSW?
Quelle: Volksstimme

12. **„Demokratische" Rechte und rechte „Patrioten"**
Die „deutsche Sache« erlebt hierzulande seine Wiederkehr. NS-kontaminierte Begriffe wie „Volk, Volksgemeinschaft und Führer" finden wieder Verwendung – nicht nur im nationalgesinnten Gedankengebräu rechtextremer „Patrioten". Dass geschieht keineswegs spontan und zufällig, sondern rational und zielgerichtet. Die AfD ist das Gesicht der „deutschen Sache«. […]
Nein, wir sind nicht im Jahr 1933. Nicht alle, die der AfD ihre Stimme geben, sind Nazis und Bewunderer der NS-Diktatur. Aber es gibt offenkundig Gruppierungen im Dunstkreis der Partei, in denen dies der Fall ist. Ebenso auch eine allgemeine Bereitschaft von Parteigängern & Parteiwählern, die Eingewöhnung in und die „Veralltäglichung" von Symbolen des Nazi-Parolen zu tolerieren. Es muss jedenfalls Gründe geben, sich wiederholt öffentlich mit NS-Parolen gemein zu machen und dann offenkundig der NS-Ideologie nahestehende Verwendung entweder glatt zu leugnen oder für gänzlich unbedeutend zu erklären. Dass dies keineswegs spontan und zufällig, sondern fortwährend rational und zielgerichtet geschieht, demonstrierte die AfD-

Parteivorsitzende Alice Weidel in einem WELT-TV-Interview im Dezember 2025. Zum Kernsatz der Hitlerjugend »Alles für Deutschland«, der auch von jungen Parteimitgliedern benutzt öffentlich wurde, hatte sie allenfalls ein Schulterzucken übrig: „Na und?"… Der ehemalige deutsche Bundesverfassungsrichter Thomas Fischer konstatierte in seiner Spiegel-online-Kolumne treffend eine "Verschmelzung von „Programm und Pychogramm".
Quelle: pressenza

13. **Kein Geld für geplanten Ausbau von fünf Strecken**
Fünf Zugstrecken im Bundesgebiet können erst mal nicht wie geplant ausgebaut werden – es fehlt das Geld. Für die Bahn hat ein anderes Vorhaben Priorität.
"Alles, was fertig geplant ist, wird gebaut" – das haben Bundeskanzler Friedrich Merz und Verkehrsminister Patrick Schnieder (beide CDU) im vergangenen Jahr mehrfach betont. Doch fünf Gleisbauabschnitte, die bereits fertig geplant sind, werden vorerst nicht ausgebaut. Es fehlt die Finanzierung vom Bund. Das geht aus einer kleinen Anfrage der Grünen-Fraktion im Bundestag an das Verkehrsministerium hervor, die dem ARD-Hauptstadtstudio vorliegt.
Quelle: tagesschau

dazu auch: **Deutsche Bahn rechnet mit »schwierigem Jahr bei der Pünktlichkeit«**
Die Bahn wieder pünktlich zu machen, ist nicht so einfach. 2026 könne der Konzern seinen Fahrgästen diesen Wunsch nicht erfüllen, sagt DB-Chefin Evelyn Palla – und kündigt Streckensperrungen an.
Auch in diesem Jahr wird der Fernverkehr der Deutschen Bahn weiter massiv verspätet sein. »2026 wird noch mal ein schwieriges Jahr bei der Pünktlichkeit«, sagte Konzernchefin Evelyn Palla der »Zeit«. Es gehe »erst einmal darum, dass es nicht noch schlimmer wird, dass wir uns auf diesem Niveau stabilisieren, so schmerzhaft das auch klingt«. Bei der Bahn würden nun alle »konsequent an der Pünktlichkeit gemessen«.
Quelle: DER SPIEGEL

14. **Künstliche Intelligenz wird zum Risiko für Firmen**
In der Wirtschaft wird KI oft als strategische Chance gesehen, doch es gibt auch große Gefahren. Laut einer Allianz-Studie hat sich Künstliche Intelligenz zu einem der größten Geschäftsrisiken für Unternehmen weltweit entwickelt. […]
"Die KI arbeitet per Definition mit einem gewissen Grad an Autonomie und deswegen können die Ergebnisse falsch oder frei erfunden sein", sagt Allianz-Commercial-Managerin Alexandra Braun.
Das kann zu Rechtsstreitigkeiten oder negativer Berichterstattung und letztlich zu

Reputations- und Imageverlusten für die Unternehmen führen. Zu den KI-eigenen Risiken zählen auch Urheberrechtsverletzungen, wenn die Software geschützte Informationen abschreibt oder verwendet.
Quelle: tagesschau

dazu auch: **Protest gegen Fake-KZ-Bilder: „Für Profit instrumentalisiert“**
Gedenkstätten fordern Betreiber sozialer Medien auf, gegen KI-Fälschungen vorzugehen. Es bahne sich ein Problem mit historischen Fotos an.
Die Bilder sind herzzerreißend. Da trägt ein amerikanischer Soldat zwei Kleinkinder in gestreifter KZ-Kleidung aus Buchenwald in die Freiheit. Eine junge Frau spielt im Vernichtungslager Auschwitz auf einer Geige. Es gibt Fotos vom angeblichen Wiedersehen zwischen Gefangenen und Befreiern oder erfundene Szenen weinender Kinder hinter Stacheldraht. Ein Bild zeigt die 14-jährige Czesława Kwoka in Auschwitz. Das polnische Mädchen ist dort tatsächlich inhaftiert und ermordet worden. Die Fälscher haben aber ein historisches Schwarz-Weiß-Bild von ihr in ein Farbfoto umgewandelt. Ihre Verletzungen im Gesicht wurden wegretuschiert.
Quelle: taz

15. **Lebensmittelmacht Deutschland**
Unter dem Motto „Wir haben es satt“ ruft ein breites Bündnis aus Vertretern der bäuerlichen Landwirtschaft, Umweltinitiativen und Verbraucherschützern für Samstag zu Protesten in Berlin auf. Die Demonstration richtet sich auch gegen die Verhältnisse im globalen Lebensmittelsektor, in dem deutsche Konzerne in fast allen Bereichen eine bedeutende Rolle spielen. Von der Produktion von Saatgut und Pestiziden über die Herstellung von Tierarzneien bis hin zum Lebensmitteleinzelhandel – zumeist rangieren in der Bundesrepublik ansässige Unternehmen unter den ersten Zehn der weltgrößten Anbieter. In nahezu all diesen Sektoren haben sich Oligopole herausgebildet, die die Landwirte unter Druck setzen und zu „Preisnehmern“ degradrieren. Immer mehr Bauern halten dem nicht stand: Jahr für Jahr schrumpft die Zahl der Höfe in Deutschland um 2.600 Betriebe. Die Umwelt und das Klima leiden ebenfalls extrem unter dem agroindustriellen Produktionsmodell. Der Einfluss der Agrarlobby verhindert Veränderungen. Zur Zeit erfolgt sogar ein Rollback. So macht sich die EU daran, Richtlinien zum Schutz der Gesundheit und der Umwelt im Rahmen von „Vereinfachungspaketen“ gleich reihenweise auszuhöhlen.
Quelle: German Foreign Policy
16. **Veranstaltungshinweise der Woche**
    a. Reisebericht mit Lichtbildern: Unvergessliche Reiseeindrücke aus Moskau und St. Petersburg

Montag, 19. Januar, 19 Uhr
Saal Heinrichstraße 11, Bremen

Die Teilnehmer einer Kulturreise nach Moskau und St. Petersburg berichten von ihren persönlichen Eindrücken. Insgesamt zwölf Bremerinnen und Bremer machten sich auf den Weg, um eigene Beobachtungen zu sammeln – fernab von Eindrücken aus Zweitquellen oder Berichten von Menschen, die nie vor Ort waren.
Im Rahmen des Vortrags schildern Thomas Meyer-Bohé, Yvonne Müller, Günter Rietbrock und weitere Mitreisende, was sie tatsächlich gesehen, gehört und erlebt haben. Tagebuchauszüge, Beobachtungen und Anekdoten geben einen unmittelbaren Einblick in die Reise.
Mehr als 100 Lichtbilder und Filmsequenzen vermitteln zusätzliche, eindrucksvolle Impressionen aus beiden Städten. Zudem werden Tipps für Reisen in der heutigen Zeit vorgestellt.
Veranstalter: Deutsch-Russische Friedenstage Bremen e.V. – Eine Initiative für Völkerverständigung
Quelle: Deutsch-Russische Friedenstage

Anmerkung der Redaktion: *Wenn Sie auf eine interessante Veranstaltung hinweisen wollen, dann schicken Sie uns bitte die nötigen Informationen mit dem Betreff „Veranstaltungshinweise“ an hinweise@nachdenkseiten.de. Die Veranstaltungshinweise erscheinen wöchentlich am Freitag im Rahmen der Hinweise des Tages II.*